

Eine Betrachtung der EU-Erweiterung in Hinblick auf die politische Repräsentation von Frauen

Dr. Kathrin Ruhl

Koblenz

Abstract:

Das von Beate Hoecker und Gesine Fuchs herausgegebene Handbuch befasst sich mit der politischen Partizipation von Frauen in den zehn neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie in Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Es gibt Aufschluss über die Repräsentation von Frauen in den nationalen Parteien, Parlamenten und Regierungen, benennt Determinanten für den Status Quo und mögliche Perspektiven für die Gleichstellung von Männern und Frauen, die sich durch die EU-Mitgliedschaft ergeben.

How to cite:

Ruhl, Kathrin: „Eine Betrachtung der EU-Erweiterung in Hinblick auf die politische Repräsentation von Frauen [Review on: Hoecker, Beate; Fuchs, Gesine (Hg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten. Opladen: Leske + Budrich, 2003.]“. In: KULT_online 4 (2004).

DOI: <https://doi.org/10.22029/ko.2004.311>

© beim Autor und bei KULT_online

Eine Betrachtung der EU-Erweiterung in Hinblick auf die politische Repräsentation von Frauen

Dr. Kathrin Ruhl
Koblenz

Hoecker, Beate und Gesine Fuchs (Hg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004. 310 S., paperback, 32,90 Euro. ISBN 3-8100-3568-8

Das vorliegende, von Beate Hoecker und Gesine Fuchs herausgegebene Handbuch thematisiert die politische Partizipation von Frauen in den Beitrittsstaaten der Europäischen Union. Dabei werden die Entwicklungen sowohl in den zehn Ländern untersucht, die seit dem 1. Mai 2004 Mitglieder sind, als auch in Bulgarien und Rumänien, den beiden Staaten, die voraussichtlich im Jahr 2007 beitreten werden, sowie in der Türkei, in deren Fall die Aufnahme noch ungeklärt ist. Das Handbuch schließt an den hervorragenden ersten Band über die so genannten alten EU-Staaten an und gibt Aufschluss über die Repräsentation von Frauen in Parteien, Parlamenten und Regierungen, über Erklärungsfaktoren für den Status Quo sowie über mögliche Perspektiven für die Gleichstellung von Männern und Frauen, die sich durch die EU-Mitgliedschaft ergeben. Diese Themenkomplexe bilden eine Struktur für die Beiträge, welche die genannten Aspekte unterschiedlich gewichten und beleuchten. Die dreizehn Länderkapitel, die von verschiedenen, meist den entsprechenden Nationen angehörenden Autorinnen verfasst sind, werden durch ein einleitendes, den Forschungsstand skizzierendes und ein abschließendes, resümierendes Kapitel der Herausgeberinnen gerahmt.

Anhand einer knappen Darstellung der Entwicklung in den alten Mitgliedsstaaten und in Anlehnung an frühere Forschungsergebnisse von Hoecker identifizieren die Herausgeberinnen in der Einleitung drei Faktoren, welche die politische Partizipation von Frauen bedingen. Ihrer Ansicht nach erklärt der nationale Mix aus kulturellen, institutionellen und sozialstrukturellen Determinanten die (Unter-)Repräsentation von Frauen in der Politik. Diese Trias bildet in den folgenden Abschnitten auch die maßgebliche Folie, nach der die Einflussfaktoren der Partizipation von Frauen in den Beitrittsstaaten untersucht werden. Hoecker und Fuchs stellen fest, dass die seit 1989 stattfindenden Veränderungen in den postkommunistischen Gesellschaften auch tiefgreifende Bedeutungen für die Geschlechterverhältnisse implizieren. So sank beispielsweise in den meisten Staaten nach der Wende die politische Repräsentation von Frauen (vgl. S. 17).

Bedingung für die Aufnahme in die EU ist die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. In diesen ist auch die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern verankert, d.h. dass der Beitritt an den Ausbau von Chancengleichheit gebunden ist. Die EU-Mitgliedschaft eröffnet

somit laut Hoecker und Fuchs neue Perspektiven für die dreizehn Staaten - obwohl sie einschränkend anmerken, dass auch in den meisten alten Mitgliedsstaaten Frauen politisch unterrepräsentiert und gesellschaftlich nicht gleichberechtigt sind. Die EU ist somit kein Garant für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis.

Exemplarisch für die neuen Mitgliedsstaaten wird im Folgenden der Artikel von Vida Kanopiene und Danute Tureikyte über die Situation in Litauen betrachtet. Wie in den meisten osteuropäischen Ländern wurde den Frauen in Litauen in der kommunistischen Phase eine Rolle im politischen Leben gewährt, wobei jedoch einflussreiche Positionen Männern zukamen (vgl. S. 62). Nach der Wende und mit Einführung des Mehrparteiensystems sank der Frauenanteil im Parlament stark ab. Kanopiene und Tureikyte identifizieren die politische Kultur Litauens, die durch patriarchale Vorstellungen geprägt ist, als den maßgeblichen Einflussfaktor für diese Entwicklung. Die politische Kultur reflektiert ihrer Meinung nach traditionelle Rollenbilder, die Frauen als "ungeeignet" für die Politik ausweisen. Die Dimension EU integrieren die Autorinnen durch Umfrageergebnisse in der litauischen Bevölkerung über den Beitritt und dessen mögliche Folgen. Sie stellen fest, dass Frauen weniger informiert sind und einer Mitgliedschaft skeptischer gegenüberstehen als Männer.

Der Beitrag von Anneli Ute Gabanyi über Rumänien steht stellvertretend für die zukünftigen Mitgliedsländer. Nach Ansicht der Autorin sind die Rahmenbedingungen für die Emanzipation der Frauen in Rumänien schwieriger als in anderen postkommunistischen Ländern, denn noch heute hätten die Verarmung der Bevölkerung, der Personenkult um die Frau des ehemaligen Staatschefs, Elena Ceausescu, und die restriktive Bevölkerungspolitik negative Auswirkungen (vgl. S. 164). Das Land befinde sich nach der Wende in einem Spannungsverhältnis zwischen Modernisierung und Retraditionalisierung, was zu einer doppelten Identitätskrise für Frauen und erschwerten Bedingungen ihrer Etablierung im öffentlichen Leben führe. In den vergangenen Jahren wurden zwar zahlreiche Angleichungen der rumänischen Gesetzgebung an europäische Normen vorgenommen, jedoch bleibt für Gabanyi fraglich, inwiefern strukturelle Veränderungen bestehende traditionelle Wertvorstellungen beeinflussen können, die für eine Gleichstellung unabdingbar sind.

In ihrem vergleichenden Kapitel konstatieren Hoecker und Fuchs, dass Politik in den dreizehn untersuchten Ländern - ebenso wie in Westeuropa - eine Männerdomäne ist. Im Vergleich zu den alten Mitgliedsstaaten ist der durchschnittliche parlamentarische Frauenanteil 8,7 Prozent niedriger und liegt bei 13,7 Prozent (vgl. S. 288). Um die Einflussfaktoren angemessen darzustellen, unterteilen die Herausgeberinnen die Länder in zwei Gruppen. In den Transformationsstaaten dominieren beispielsweise traditionelle Geschlechterrollen, die durch die Integration von Frauen in Bildung und Arbeitsmarkt relativ unberührt geblieben sind. Bulgarien, Rumänien und die Türkei hingegen unterscheiden sich von den zehn neuen Mitgliedsstaaten in ihrer politischen Kultur sowie in ihrer Sozialstruktur durch einen relativ niedrigen Ausbildungsgrad der Frauen, eine niedrige Frauenquote in der Politik (um 10 Prozent) und traditionelle Einstellungen (vgl. S. 298). Sie lassen sich zusammen mit den südlichen EU-Ländern in einem "mediterranen Modell" fassen.

Die Herausgeberinnen merken an, dass nach Einschätzung aller Autorinnen die EU-Mitgliedschaft für die dreizehn untersuchten Staaten positive Auswirkungen auf die Gleichstellung im Erwerbsleben haben wird, da für diesen Bereich verbindliche EU-Richtlinien bestehen. Es gibt jedoch keine derartigen Regelungen für eine gleichberechtigte Repräsentation von Frauen in der Politik, weshalb nicht mit unmittelbaren Veränderungen durch den EU-Beitritt zu rechnen ist. Nach Ansicht von Hoecker und Fuchs ist eine definitive Prognose im Hinblick auf die politische Partizipation von Frauen in den dreizehn Staaten nur schwerlich zu formulieren. Die Herausgeberinnen entwickeln jedoch drei mögliche Szenarien für längerfristige Perspektiven: Erstens könnte Politik mit großer Wahrscheinlichkeit eine Männerdomäne bleiben; es liegt aber zweitens auch im Bereich des Möglichen, dass gleichberechtigte Repräsentation durch eine sukzessive Entwicklung erreicht wird. Das dritte Szenario beinhaltet die Option auf eine Machtverlagerung Richtung EU. Als Folge davon wäre ein "Abwandern" der Männer in Entscheidungsgremien der EU und ein Nachrücken der Frauen in nationale Führungspositionen möglich, die dann jedoch bedeutend weniger einflussreich wären.

Abschließend kann das Fazit gezogen werden, dass das Handbuch einen kompetenten Überblick über die politische Partizipation von Frauen in den zehn neuen Mitgliedsstaaten der EU sowie Bulgarien, Rumänien und der Türkei gibt. Allerdings fallen die einzelnen Kapitel und zwar sowohl die Länder- als auch die Rahmenbeiträge recht knapp aus, so dass sie die Einflussfaktoren der (Unter-)Repräsentation von Frauen in Parteien, Parlamenten und Regierungen sowie die Auswirkungen des EU-Beitritts nur andiskutieren können. Positiv hervorzuheben ist hingegen, dass der systematische Aufbau des Bandes und die vereinheitlichte Struktur der Artikel die Unterschiede und Ähnlichkeiten der Entwicklungen in den jeweiligen Ländern gut nachvollziehbar machen. Zudem werden im abschließenden Artikel die zentralen Ergebnisse noch einmal strukturiert zusammengefasst und im Kontext der "alten" EU-Staaten analysiert. Das vorliegende Handbuch ist darum trotz der Kürze der einzelnen Ausführungen ein gelungener und empfehlenswerter Beitrag für die aktuelle Debatte um die EU-Erweiterung und ihre Konsequenzen, und es beleuchtet mit der politischen Repräsentation von Frauen einen Aspekt, der in den öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen, wo der Fokus u.a. auf ökonomischen und sicherheitspolitischen Fragestellungen liegt, marginalisiert wird.